Verschreibungspflicht(en) von Arzneimitteln

Bürokraten verordnen neue Rezeptformvorgaben

Praxis-Telefonnummer und Arztvorname gehören jetzt zwingend auf Arzneimittelrezepte. Viele Apotheker fürchten aber Regressverfahren, weil Ärzte die Formvorgaben für den Praxisstempel – oder den Stempelaufruf durch die EDV – bislang nicht flächendeckend umsetzen.

Seit Juli ist der kurze Dienstweg zwischen Apotheke und Arztpraxis formalisiert: Laut Arzneimittelverschreibungsverordnung (AMVV) muss die Telefonnummer des Arztes auf dem Rezept vermerkt werden – ob aufgedruckt, gestempelt oder handschriftlich, ist egal. Zweite Neuerung: Auch der Vorname des Verordners ist gefordert. Nur eine Lappalie? Offenbar nicht, wie etliche Unmutsbekundungen aus der Apothekerschaft zeigen. Ein Berliner Offizinbetreiber berichtet, er habe während eines Notdienstes kurz vor Inkrafttreten der Neuerungen 150 Rezepte durchgesehen und festgestellt, dass kein einziges völlig korrekt gewesen sei. Auffällig viele von Klinikambulanzen ausgestellte Rezepte seien lückenhaft gewesen. Ein Apotheker aus Hildesheim klagte Mitte Juli, allein in seiner Region hätten schätzungsweise „mehr als 50 % der Praxen bislang keine nachhaltige Information zu den Rezeptanforderungen bekommen“. Ena Meyer-Bürck, Geschäftsführerin des Landesapothekerverbands Niedersachsen bestätigt, „dass uns derzeit vermehrt Anfragen von Apotheken erreichen, denen ein Rezept mit unvollständigen Angaben – fehlender oder abgekürzter Vorname, fehlende Telefonnummer – vorliegt“.

Ärger wegen formal fehlerhafter Rezepte

Die Offizinbetreiber ärgern sich schon seit Langem über Retaxationen der Krankenkassen, auch wegen formal fehlerhafter Rezepte. Mittlerweile habe sich „eine regelrechte Retaxationsindustrie entwi-

ckelt, ähnlich Abmahnvereinen für Formfehler in Websites oder Stellenanzeigen“, beklagt ein Apotheker, der namentlich nicht genannt werden will. Mit den neuen Rezeptvorgaben erhält die Furcht vor Null-Retaxationen zusätzlich Nahrung. Ob zu Recht, ist schwer zu beurteilen. Bis Ende Juli hatte noch kein Apothekerverband eine regionale Fehlerquote genannt. Der Informationspolitik der KVen scheinen die Apotheker jedenfalls wenig zuzutrauen. So veröffentlichten unlängst gleich mehrere Branchenmedien Formulierungshilfen für ihre Leser, um ortsansässige Ärzte über die neuen Erfordernisse zu informieren. Zwar gibt beispielsweise der Hessische Apothekerverband in einem Rundschreiben Entwarnung: Die Angabe der Telefonnummer, heißt es dort in Anlehnung an die Position des Dachverbands ABDA, sei als „Unterstützungsleistung für den Apotheker“ gedacht. Fehle die Nummer, sei das „kein Grund für eine Rechnungsbeanstandung“. Wie gerichtsfest diese Ansicht aber ist, ist ungewiss. „Eine einheitliche Auskunft zur Gefahr einer Retaxation durch die Krankenkassen gestaltet sich derzeit schwierig, da diese dies unterschiedlich bewerten“, so Meyer-Bürck.

Dem Ersatzkassenverband vdek hat die ABDA nach Angaben von Sprecher Christian Splett immerhin die Zusage abgetrotzt, bis Ende September Rezepte nicht zu retaxieren, auf denen Telefonnummer und Arztvorname fehlen. Was im Umkehrschluss auch bedeutet, dass dies in absehbarer Zeit doch ein Anlass für Retaxationen sein könnte. Eine

„endgültige Lösung“, so Splett, sei noch auszuhandeln.

Neben den Ersatzkassen und der AOK Rheinland-Hamburg wird auch die Knappschaft zunächst auf eine Rechnungskürzung verzichten, wenn Rezepte nach der Umstellung der Vorgaben zum 1. Juli nicht den neuesten Anforderungen entsprechen. Wie die Krankenkasse berichtet, wird sie eine dreimonatige Übergangsfrist gewähren, „da die Umstellung der Rezeptvordrucke noch nicht in allen Arztpraxen abgeschlossen ist“. Und wie verfährt der Apotheker nun mit Rezepten, die unvollständig sind? Eigenhändig darf er laut AMVV nur bestimmte Angaben auf dem Rezept ergänzen, und nur dann, „wenn ein dringender Fall vorliegt und eine Rücksprache mit der verschreibenden Person nicht möglich ist“. Telefonnummer und Arztvorname gehören nicht dazu. Auch die etwa im Versorgungsvertrag mit den Ersatzkassen vorgesehene Möglichkeit, dass Apotheker fehlende Rezeptangaben selbst nachtragen, scheidet aus, solange der Vertrag nicht um eine entsprechende Erwähnung der neuen Formerfordernisse ergänzt wird. Apotheker müssen Rezepte ohne Telefonnummer und Arztvorname also zurückschicken. „Erhält der Arzt eine unvollständige Verordnung zurück, reicht es aus, wenn er die fehlenden Angaben handschriftlich ergänzt. Eine erneute Unterschrift ist nicht erforderlich“, lautet auf Anfrage die Rechtsauffassung der ABDA. „Eine erneute Unterschrift wäre nur dann erforderlich, wenn die verordnete Leistung geändert würde.“

Christoph Winnat